

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon: 12 111
Schiffstraße 1. Hauptgeschäftsstelle
Dresden - K. 1, Marktstraße 10/11

Verlagsdruckerei bei Nacht postmaler Zustellung monatlich 2.30 RM. (einschließlich 10 % USt. für Kollon-
leten), auch Wochensatz 2.30 RM. einschließlich 10 % USt. für Kollonleten bei 1 mal
wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf., außerorts 15 Pf. Anzeigenpreise: Die
einstufige 20 mm breite Zeile 15 Pf., für außerorts 20 Pf., die 20 mm breite Zeile 20 Pf.,
außerorts 25 Pf. als Anzeigenblätter 11. Kart. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt
15 Pf., außerorts 20 Pf. Chiffrenpreise 20 Pf. Kautionskassensätze gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Neff & Neff, Dresden, Bismarck-Str. 10/11. Telefon: 12 111. Druck nur mit bestmöglicher Sorgfalt. (Verstärkter Nachdruck) ist zulässig. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht angenommen.

Dreitägige Zentrumsberatung im Preußen

Der Landtag soll sofort wieder vertagt werden

Berlin, 20. Mai. In preussischen parlamentarischen Kreisen sind begreiflicherweise die verschiedenen Gerichte über die künftige Gestaltung der preussischen Staatsregierung im Gange. Eine Version ging dahin, daß das Kabinett Braun es ablehnen werde, lediglich als geschäftsführende Regierung weiter zu amtiert; eine andere Meinung sagt, daß die Nationalsozialisten vor der Lausanner Reparationskonferenz kein Interesse daran hätten, sich verantwortlich an der Regierung zu beteiligen, und daß man daher bis zu diesem Zeitpunkt mit einer Zwischenlösung zu rechnen habe. Diese Zwischenlösung liege darin, daß die von der SPD. gestellten preussischen Minister Braun, Severing und Grimm ausgeschieden, während die übrigen Staatsminister, einschließlich des Finanzministers Klepper, unter provisorischer Leitung des Volksbildungsministers Dittler vorläufig die Geschäfte führen würden. Dem Nachrichtenbüro des V.D. wird hierzu in politischer Hinsicht erklärt, daß bisher über diese Dinge noch keine verbindlichen Versprechungen stattgefunden hätten. Es sei damit zu rechnen, daß

In der ersten Sitzung der Zentrumsfraktion erklärte der stellvertretende Vorsitzende, der Abgeordnete Steger, die Fraktion würde ihre Arbeit in den Dienst einer aufbauenden nationalen Realpolitik stellen. Ihr Wirken werde dem Zwecke dienen, der Fort der verfassungsmäßigen Ordnung zu sein. Daraus folge die Bereitwilligkeit, mit allen Kräften, die verfassungsgemäße Ordnung und aufbauende Politik wolle, sachlich zusammenzuarbeiten. Die Fraktion stelle ihre Arbeit bewußt in den Dienst der Reichspolitik.

Es sei selbstverständlich, daß die preussische Zentrumsfraktion ihre Politik in enger Zusammenarbeit mit der Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler Dr. Brüning führen werde. Neubündnisse und politische Forderungen in Preußen könnten nur im Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler vollzogen werden.

Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Preussischen Landtages hat eine große Anzahl von Anträgen eingebracht, unter denen sich auch ein Gesetzentwurf über die Gewährung einer Amnestie befindet. Weiter beantragt die Fraktion die angemessene Wiederherstellung der alten Geschäftsordnungen, Bestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten.

Handwerksvertreter bei Brüning

Berlin, 20. Mai. Der Reichskanzler empfing heute den Präsidenten des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsverbandes, Flugmayer, den Vorsitzenden des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Dertien, sowie den Generalsekretär des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Hermann, zu einer eingehenden Aussprache über die gegenwärtige Lage und die Wünsche des deutschen Handwerks sowie über die Möglichkeit seiner wirtschaftlichen Hebung und Belebung.

Die verschobene Regierungsumbildung

Der Reichskanzler Brüning hat einen Entschluß gefaßt, der wahrscheinlich sein Kabinett in die allergrößten Schwierigkeiten bringen wird. Er hat die Neubesetzung des Wirtschafts- und des Reichswehrministeriums bis auf weiteres verschoben, wahrscheinlich so lange, bis die Lausanner Konferenz beendet und die sogenannten „sachlichen“ Aufgaben des Kabinetts gelöst sind. Den einzig möglichen Ausweg, die Stellung der Regierung, die nach dem nicht ganz freiwilligen Verzicht Groeners auf das Wehrministerium, und der offenen Kritik des ausgeschiedenen Wirtschaftsministers an den Arbeitsbeschaffungsplänen stark geschwächt ist, wieder zu heilen, wäre die unverzügliche Neubesetzung der freien Ministerposten gewesen. Aber die Zeiten, in denen es Ministeranwärter unter den Parlamentariern der Regierungsparteien in Halle und Halle gab, ist längst vorbei. Das hat Brüning bei dieser, wie schon bei einer früheren Gelegenheit erfahren. Als zuerst der Wirtschaftsminister Dr. Brüning das Justizministerium verließ, konnte Brüning bereits keinen geeigneten Nachfolger mehr finden. Lange Zeit verwaltete deshalb der Staatssekretär Dr. Joel das Ministerium, bis man sich schließlich aus der Verlegenheit half und den Staatssekretär furtwängler zum Minister ernannte. Als die beiden Zentrumsminister Wirth und Grotzrad im vorigen Jahre ausgedroht wurden, ließ sich eine Regelung auch nur in der Weise treffen, daß man das Innenministerium dem Wehrminister übergab und das Verkehrsministerium dem bisherigen Diskommissar Trevermann. An seine Stelle trat dann Schlangensöhningen in das Kabinett. Wie man sich jetzt heilen will, ist eine noch völlig ungeklärte Frage. Offenbar will keine der Persönlichkeiten, an die augenblicklich gedacht wurde — der Weimarer Oberbürgermeister Dr. Grotzrad und der General Schleicher —, ihre Einsetzung in ein Ministeramt der parlamentarischen Duldung durch die Sozialdemokratie verdanken, die höchst unsicher geworden ist, solange die Lage in Preußen noch völlig ungeklärt ist.

Wie so oft, versucht auch diesmal der Reichskanzler, aus der Not eine Tugend zu machen, indem er den Anschein zu erwecken sucht, als ob das Kabinett abtätiglich Personalfragen hinter die sachlichen Aufgaben zurückgelassen habe. Aber dieser Ausweg hat einen Fehler, er ist viel zu durchsichtig und macht die Schwächen und Gegenläge noch deutlicher, als sie schon sowieso sind. Allgemein ist die Ansicht, daß das Kabinett Brüning wieder einmal sehr nahe an der Auflösung ist. Zunächst einmal haben die Preußenwahlen gezeigt, daß, mit Ausnahme des Kabinettschefs und des Arbeitsministers, hinter keinem der noch vorhandenen parlamentarischen Minister eine nennenswerte politische Gruppe steht. Die Minister haben keine Wähler mehr hinter sich. Dazu kommt, daß die Ablegungen und Gegenläge innerhalb des Kabinetts bereits einen unerträglich hohen Grad erreicht haben. Der größere Teil der Minister neigt nach rechts und möchte jedenfalls die Verbindung mit der nationalen Bewegung irgendwie herstellen, dagegen streben die einflussreichsten Leute des Kabinetts, Stegerwald und der Vizekanzler Dietrich, sehr entschieden nach links. Ramenthal der Arbeitsminister hat den Annäherungsversuchen an die Sozialdemokratie sogar seine ursprüngliche Begeisterung gegen die 40-Stunden-Woche glatt zum Opfer gebracht. Fortwährende Konflikte und Meinungsverschiedenheiten zwischen Dietrich und Stegerwald, Schlangensöhningen und Stegerwald zehren die inneren Gegensätze im Kabinett, das nur noch eine Kumpelregierung darstellt. Zudem wären zwei Mitglieder der Regierung, Schleicher und Groener, mit größter Wahrscheinlichkeit an den Wehrtrouensanträgen gescheitert, die die Wirtschaftspartei und die Christlichsozialen gegen sie eingebracht haben, wenn nicht die durch den Zwischenfall Dr. Klotz verursachte Vertagung des Parlaments ihnen ihre Ministerämter bis auf weiteres gerettet hätte. Daß damit der Sozialdemokrat Pöde seiner Partei eine unangenehme Entscheidung erspart hat, ist offensichtlich, hat aber die Stellung der dadurch geretteten Minister Groener und Schleicher nicht erleichtert.

Die Pflicht Brüning in die sachlichen Aufgaben konnte angesichts dieser inneren Schwächen den zu bewältigenden Problemen keineswegs nützen, zumal ja die Gegenläge gerade auch in sachlicher Hinsicht bei der Beratung der Arbeitsbeschaffung, der Siedlungsfragen und vor allem der neuen Notverordnungen zur Deckung des Staatsdefizits immer wieder offenkundig werden. Der Reichskanzler scheint vor allem geistlich zu überleben, daß eine Lösung der Kabinettsarbeit von allen innerpolitischen Strömungen, wie sie am markantesten in der Parteienumschichtung bei allen Wahlen der letzten Zeit zum Ausdruck kommen, unmöglich ist, solange die so schon kinnende Lösung der Sachaufgaben doch letzten Endes in unserem heutigen Zustande nicht weiter bedeutet, als neue Opfer für die Bevölkerung. Unter welcher Parole soll aber ein stark geschwächtes Kabinett solche Opfer fordern. Brüning empfindet das Mißliche dieser Lage ebenfalls, und es scheint, daß er gerade deshalb es aufgegeben hat, auf die

Table with 2 columns: 20.5, 18.5, 37.5, 38.5, 86.5, 88.25, 105.0, 107.0, 15.0, 15.0, 20.0, 20.0, 10.75, 10.75, 20.5, 19.5, 25.75, 25.75, 19.0, 19.5, 82.5, 82.5, 11.75, 11.75, 54.0, 54.5, 85.0, 87.5, 53.625, 57.25, 123.5, 125.5, 7.25, 7.75, 80.5, 81.0, 55.0, 55.0, 15.0, 15.0, 58.0, 58.5, 12.75, 12.75, 15.75, 16.0, 13.75, 14.0, 30.0, 29.75, 30.0, 29.75, 30.0, 29.75, 12.5, 12.5, 46.5, 46.0, 96.5, 97.0, 26.5, 26.25, 53.5, 53.5, 31.5, 31.5, 30.75, 30.75, 140.5, 141.0, 140.5, 140.0

Das neue österreichische Kabinett gebildet

Wien, 20. Mai. Das neue Kabinett ist zustande gekommen und hat folgende Zusammensetzung:
Bundeskanzler, Innen- und Landwirtschaft: Dr. Dollfuß (Christlichsozial).
Vizekanzler und gleichzeitig beauftragt mit der handelspolitischen Leitung des Außenministeriums: Ingenieur Winkler (Landbund).
Inneres: Baching (Landbund).
Finanzen: Dr. Weidenhoffer (Christlichsozial).
Justiz: Dr. Schuschnigg (Christlichsozial).
Unterricht: Dr. Hirtl (Christlichsozial).
Soziale Verwaltung: Dr. Reich (Christlichsozial).
Seewesen: Baugoin (Christlichsozial).
Handel: Jalconca (Rechtsanwalt in Innsbruck, Vertrauensmann des Heimatsbundes).
Sicherheit: Ministerialrat Kitz (Bundeskanzleramt).
Das Kabinett besteht somit aus 8 Christlichsozialen, zwei Landbündlern, einem Vertrauensmann des Heimatsbundes und einem Beamten.

Trotz der verschiedenen Wendungen und Absagen ist es nun doch zur Bildung eines Kabinetts gekommen, an dem sich die Christlichsozialen, der Landbund und der Heimatsbund beteiligen. Ob dieses Kabinett im Nationalrat eine Mehrheit haben wird, hängt von der Haltung des Steirischen Heimatsbundes ab, der erklärt hat, an der Kabinettsbildung nicht interessiert zu sein, so daß nicht feststeht, ob sich der steirische Nationalratsabgeordnete des Heimatsbundes, dessen Stimme den Ausschlag gibt, weiterhin der Bundesführung unterstellen wird oder nicht. Die neue Bundesregierung hat bereits am Freitag 21.15 Uhr den Eid geleistet.

Der Ministerrat in Paris

Grundtätige Entscheidungen der kommenden Regierung vorbehalten
Paris, 20. Mai. Die amtliche Verlautbarung über die Freilaufung des französischen Ministerrats hat in ihrem außenpolitischen Teil folgenden Wortlaut: „Ministerpräsident Laval hat über die Anordnungen berichtet, die von ihm angelehnt der außerordentlichen Lage, in die sich die Regierung befindet, getroffen wurden, um in den laufenden Verhandlungen in Bezug auf die Abrüstung, die Reparationen und die Donauangelegenheiten die Kontinuität und die Verteidigung der französischen Interessen sicherzustellen, wobei jedoch alle grundsätzlichen Entscheidungen vorbehalten sind und der zukünftigen Regierung vorbehalten werden sollen. Ministerpräsident Laval verließ vor dem Rat die Anweisungen, die er den diplomatischen Vertretern Frankreichs und der französischen Koordination in Genf in diesem Sinne telegraphisch übermittelt habe. Diese Instruktionen fanden die ein-

stimmige Billigung des Ministerrates.“ In politischen Kreisen nimmt man an, daß die nicht näher bezeichneten diplomatischen Anweisungen darin lauten, eine gewisse Zurückhaltung zu üben und die laufenden Verhandlungen weiterzuführen, ohne sich auf Beschlässe prinzipieller Natur festzulegen. Man hält es für möglich, daß die Vorverhandlungen für die Lausanner Konferenz dadurch in ein „abwartendes Stadium“ geraten, da für die Unterhändler keine Möglichkeit bestehen dürfte, über den Rahmen der bisherigen Besprechungen hinauszugehen.

Berücksichtigte französische Ausländerkontrolle

Paris, 20. Mai. Die verschärften Bestimmungen der französischen Ausländerkontrolle sind am Freitag vom Ministerrat genehmigt worden. Gegenüber der bisherigen Regelung ist eine ganz erhebliche Verschärfung vorgesehen. Insbesondere enthalten die neuen Vorschriften als Folge des Attentats auf den französischen Staatspräsidenten Doumer auf eine Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen im Schloß Elisee. Diejenigen Ausländer, deren Papiere nicht völlig in Ordnung sind, werden in Zukunft sofort aus Frankreich ausgewiesen.

Blutige Unruhen in Thüringen

Waltershausen, 20. Mai. Zwischen Wölfersdorf-Unterstützungsempfängern und Polizei kam es heute zu schweren Zusammenstößen, bei denen die wegen der Ausrüstung der Unterstützung überaus erregte Menge die Polizei mit Steinen bewarf und mit Messern gegen sie vorging. Die Polizeibeamten sahen sich gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, wobei — wie verlautet — zwei Personen getötet und mehrere — vermutlich zehn bis zwölf — schwer verletzt wurden. Von den Polizeibeamten erlitten sieben Verletzungen. Da in den Straßen Schüsse fielen, ließ die Polizei sämtliche Gaswirtschäften schließen. — Waltershausen zählt etwa 8000 Einwohner und ist bekannt durch seine Puppenindustrie.

Die Polizei war um Mitternacht noch besetzt, die Ordnung wieder herzustellen. Eine Anzahl Trupps von Erwerbslosen und Kommunisten haben sich in die umliegenden Wälder zurückgezogen und geben von Zeit zu Zeit Schüsse ab. Hieran scheint hervorzuweisen, daß die Unruhen von langer Hand vorbereitet wurden.

Wahlwahlen schon am 19. Juni

Darmstadt, 20. Mai. Als Termin der Neuwahlen für den Hessischen Landtag, der vorläufig auf den 3. Juli festgelegt war, ist endgültig der 19. Juni bestimmt worden.